

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 27.07.2022
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:08 Uhr

Ende: 18:03 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

ab 17:12 Uhr.

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

ab 16:12 Uhr.

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
 Herr Stadtrat Sebastian Fritz
 Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
 Frau Stadträtin Cynthia Schneider
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
 Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Benedikt Disam
 Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
 Herr Stadtrat Alexander Hamler

ab 16:47 Uhr.

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
 Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Andrzej Sielicki

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger
 Frau Ortsvorsteherin Anna Zeller-Klein
 Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt
 Herr René Bantel
 Herr Geschäftsführer Peter Ernst
 Herr Alexander Groll
 Herr Gerhard Hackner
 Herr Markus Herrmann
 Herr Jürgen Musch
 Herr Helmut Ott
 Herr Michael Schaumann
 Herr Thomas Straub
 Frau Franka Zaneck

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt
 Herr Stadtrat Christian Krieg

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger
 Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld
 Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert
 Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
 Frau Stadträtin Nadine Molinari

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit
Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Brigitte Abele

Tagesordnung

=====

- 1** Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats
hier: Änderung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bei der CDU-Fraktion sowie Änderung der Besetzung des Ältestenrats/Ehrenrats, des gemeinsamen Ausschusses der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten und des Aufsichtsrates der Touristik und Marketing GmbH
- 2** Nichthaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2022/2023
- 3** Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH
- 4** Jahresabschluss 2021 der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH
- 5** Beteiligungsbericht 2020
- 6** 1. Finanzzwischenbericht für den Zeitraum Januar bis Juni 2022
- 7** Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd vom 07.07.2021
hier: Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2022/2023 und Erhöhung der Schließtage
- 8** Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 162 D III "Am Universitätspark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- 8.1** Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 162 D III "Am Universitätspark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
- 9** Städtebaulicher Rahmenplan "Wetzgau-Mitte"
- 10** Sanierungsgebiet "Hardt", Neugestaltung Freianlagen Platz "Park am Sonnenhügel",
hier: Baubeschluss
- 11** Neubau Parkplatz hinter der LEL
- 12** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 13** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 14** Bekanntgaben
- 14.1** Haushaltsgenehmigung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2022/2023
- 14.2** Situation ukrainischer Flüchtlingskinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen
- 14.3** Sanierung Furtlepass

15 Anfragen**15.1** Bahnhof**15.2** Sportlerball**15.3** Hitzeaktionsplan**15.4** E-Roller**15.5** Kita Kunterbunt**15.6** Energieeinsparung**15.7** TSB

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Änderung der Besetzung der Ausschüsse und weiteren Gremien des Gemeinderats

**hier: Änderung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bei der CDU-Fraktion sowie Änderung der Besetzung des Ältestenrats/Ehrenrats, des gemeinsamen Ausschusses der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft mit Waldstetten und des Aufsichtsrates der Touristik und Marketing GmbH
Vorlage: 138/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der geänderten Besetzungsliste (siehe Anlage) zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Nichtaushaltswirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2022/2023
Vorlage: 066/2022/1

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD stellt den Antrag Nr. 45 nochmals kurz vor. Anreize zu setzen sei schwierig im Sinne der Gleichbehandlung, man müsse aber schauen wie man es hinbekomme. Man habe die Stellungnahme akzeptiert, aber man bitte darum, nach einer Lösung zu suchen. Sie erkundigt sich, wie die Schichtarbeit und die Bonuszahlung aussehen sollten. Dass man keine monetären Anreize setzen dürfe, sei nicht richtig, eine übertarifliche Bezahlung sei immer möglich. Ob es sinnvoll sei, sei nochmal etwas Anderes. Man solle sich daher im Herbst nochmals austauschen.

Oberbürgermeister Arnold sichert dies zu. Man mache sich auch intern Gedanken und wolle neue Wege gehen. Er sei immer noch enttäuscht, dass das Einwanderungsrecht so gehandhabt werde. Man brauche qualifizierte Menschen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW ruft den Antrag Nr. 84g erneut auf. Man wolle ein sichtbares Zeichen für künftige Generationen setzen, es gehe um die Generationengerechtigkeit.

Oberbürgermeister Arnold verweist auf Antrag Nr. 30 und das Schuldenabbaukonzept, das weitergehend sei. Die Schuldenobergrenze müsse im Kontext gesehen werden. Er regt an, das Thema bei der Klausurtagung zu vertiefen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW weist darauf hin, dass man die Themen nicht miteinander vermischen dürfe.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass eine Schuldenobergrenze zu kurz gesprungen sei, es gehe um den Kontext. Man müsse daran arbeiten, Schulden abzubauen, daher brauche man ein Schuldenabbaukonzept. Man müsse das Thema vertiefen. Man müsse schauen, dass die Oberziele nicht gefährdet werden und trotzdem Schulden abgebaut werden. Er wolle das Thema daher in der Klausurtagung ansprechen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass eine Schuldenobergrenze aktuell die Handlungsfreiheit einschränken würde. Er denke ebenfalls an das Thema Generationengerechtigkeit. Man wolle von den Schulden herunter, da man ein Handlungskorsett habe. Beides zu vereinen sei eine Herausforderung, eine Schuldenobergrenze helfe dabei jedoch nicht. Wenn man günstige Kredite aufnehmen könne, beispielsweise für die energetische Gebäudesanierung, dann solle man dies auch machen. Einer Schuldenobergrenze könne man daher derzeit nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man die anderen Themen im Lichte dieses Beschlusses diskutieren solle.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW betont, dass es um ein Signal der Generationengerechtigkeit gehe.

Herr Bantel äußert, dass die Schuldenobergrenze schwierig sei, da man den Wert des Geldes nicht festlegen könne. Auch beim Ziel Klimaneutralität 2035 gebe es viele Ausgaben, es sei daher sehr schwierig.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bringt ein formelles Argument in die Diskussion ein. Man sei bei den nichthaushaltswirksamen Anträgen, ein Schuldenabbaukonzept sei haushaltswirksam. Ein Schuldenabbaukonzept habe man seit Jahren und man gehe sorgfältig damit um. Man habe viele Herausforderungen und müsse es daher auch weiter forcieren, um die Generationengerechtigkeit einzuhalten. Jetzt eine Abwägung zu treffen, sei falsch. Es liege an den Gemeinderäten, jeweils sachgerecht abzuwägen. Momentan wäre es Augenwischerei. Sie rät dringend von einem Beschluss ab.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste stimmt Stadträtin Rauscher zu. Eine Schuldengrenze in der derzeitigen Situation sei nicht diskutabel. Es mache keinen Sinn, eine Obergrenze festzulegen, die gleichzeitig ausgesetzt werde. Wenn dann müsse sie zeitnah greifen. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass man erfolgreich Schulden abgebaut habe.

Stadtrat Baumhauer/CDU stimmt den Vorrednern zu. Man kenne die Entwicklungen der Zukunft nicht, er finde es unkollegial, die Kollegen an den Pranger zu stellen.

Oberbürgermeister Arnold appelliert ebenfalls an die Kollegialität, im Haushaltsausschuss habe er Zustimmung signalisiert.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW verzichtet auf eine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Den Stellungnahmen der Verwaltung wird, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatung im Haushaltsausschuss, zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Jahresabschluss 2021 der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH Vorlage: 127/2022

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob das Preisniveau bei langfristigen Verträge gehalten werden könne.

Herr Ernst erläutert die Kostenkurven und wie sich diese auf die Preise auswirken würden.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass die Bäderbetriebe einen Überschuss von 293.000 Euro erwirtschaftet hätten. Dieser Überschuss hätte den Stadtwerken als Eigenkapital gutgetan. Er möchte daher wissen, warum der Überschuss ausgeschüttet worden sei. Außerdem erkundigt er sich nach der Beheizung des Hallenbads aufgrund der gestiegenen Energiepreise.

Herr Ernst antwortet, dass es linke Tasche, rechte Tasche sei. Man hätte ansonsten einen deutlichen Abmangel und steuerliche Nachteile zu verzeichnen. Daher gehe man so vor. Das Hallenbad müsse man auch im Winter beheizen, da ansonsten Leitungen kaputtgehen würden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2021, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird festgestellt.
2. Das Jahresergebnis wird an die beiden Gesellschafter Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH und EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG ausgeschüttet.
3. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
4. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Jahresabschluss 2021 der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH
Vorlage: 128/2022**

Protokoll:

Siehe TOP 3.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Bäderbetriebe Schwäbisch Gmünd GmbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2021, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde, wird festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 293.353,00 € wird in die Gewinnrücklage eingestellt.
3. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.
4. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Beteiligungsbericht 2020**
Vorlage: 132/2022

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

zu 6 **1. Finanzauszugsbericht für den Zeitraum Januar bis Juni 2022**
Vorlage: 143/2022

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach den Personalaufwendungen. Grüne Zahlen seien immer gut, dieses Jahr habe man 0,5 Mio. Euro weniger Personalausgaben. Er erkundigt sich, wie viele davon auf nicht besetzte Stellen zurückgehen würden. Was bedeute dies hinsichtlich der Aufgaben, die im Haushalt auch mitbeschlossen worden seien, beispielsweise hinsichtlich der Kindergärten, aber auch Bautätigkeiten?

Herr Bantel antwortet, dass man zu Beginn des Jahres nicht sagen könne, wo die Personalaufwendungen landen würden. Man habe aber gesagt, dass 1,3 Mio. Euro bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 0,5 Mio. Euro bei den Personalaufwendungen eingespart werden sollen. Stand heute gehe man davon aus, dies zu erwirtschaften.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass steigende Energiepreise die Stadt zwischen 4 und 5 Mio. Euro kosten würden. Man habe seit einigen Wochen eine Task Force zur Energieeinsparung gegründet, ungeachtet einer Gasmangel- oder Gasnotlage.

Herr Ott erläutert, dass man derzeit bei ca. 200.000 Euro an Einsparungen bei den Personalaufwendungen liege. Es seien zum einen Fluktuationen, die nicht sofort besetzt werden würden, zum anderen müsse man einzelne Stellen zwei oder drei Mal ausschreiben. Es seien viele Teile eines Puzzles.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass sich der Zwischenbericht auf den ersten Blick gut lese, aber nur auf den ersten Blick. Der Haushalt stehe insgesamt auf wackeligen Füßen, vor allem aufgrund steigender Energiepreise. Die Baupreise würden ihr Übriges dazu beitragen. Das Regierungspräsidium habe die Kreditaufnahme für 2022 und 2023 genehmigt, Aspen sei hier auch dabei. Hier müsse man sehen, wie es sich entwickle. Aber vor der Kreditaufnahme müsse die Subsidiarität geprüft werden, d.h. man müsse prüfen, ob man andere Mittel zur Verfügung habe. Ihr sei dies bisher nicht bewusst gewesen. Die Verpflichtungsermächtigungen seien vom Regierungspräsidium gekürzt worden. Sie wünsche sich einen Überblick, wo die Verwaltung die Notbremse ziehe. Die Klausursitzung sei hierfür zu spät. Die Verschuldung sehe das Regierungspräsidium als kritische Größe an.

Herr Bantel erläutert, dass die Verpflichtungsermächtigungen nicht gestrichen worden seien, diese unterliegen jedoch nur insoweit der Genehmigung, als ihnen Kreditermächtigung gegenüberstehen würden. Der Rückzahlungsvertrag für E-Bikes tauche hier ebenfalls auf. Bei einer Kreditaufnahme gelte das Subsidiaritätsprinzip. Es müsse geprüft werden, ob ein Kredit aufgenommen werden müsse. Man müsse andere Einnahmequellen vorrangig einsetzen. Wenn eine Kreditaufnahme anstehe, müsse man dies ohnehin dokumentieren, dies könne man dem Gemeinderat dann auch zur Verfügung stellen. Bei der Klausurtagung könne man die Projekte auf einen Prüfstand stellen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es mit der Klausur zeitlich gut passe.

Stadträtin Heusel/SPD weist darauf hin, dass die Projekte zu diesem Zeitpunkt eventuell bereits umgesetzt sein müssten, daher sei es zu spät im März darüber zu debattieren. Es sei wichtig zu wissen, welche Projekte die Verwaltung in Angriff nehme und welche man zunächst schiebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man im November/Dezember mit dem Finanzausschussbericht in das Gremium komme. Man komme mit Finanzausschussbericht im November/Dezember.

Herr Bantel antwortet, dass man hier über die Projekte und den aktuellen Stand informieren werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 7 **Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd vom 07.07.2021**
hier: Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2022/2023
und Erhöhung der Schließtage
Vorlage: 134/2022

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron erläutert, dass man drei Dinge trennen müsse:

1. Gebührenerhöhung um 3,9 Prozent (landesweit)
2. Schließtage, die man auch empfehle. Man könne dann bis zu 30 Tage schließen, es sei nicht so, dass das dann auch automatisch erfolge.
- 3.: Wie können Tage organisiert werden? Die Elternvertreter hätten ein, „mildes Hybrid-Modell“ vorgeschlagen. Dieses habe einen wichtigen Kerngedanken: Eltern und Erzieher müssten sich einigen. Es sei zwar eine Chance, es sei aber in der Praxis bisher nie geglückt. Das Modell lasse sich daher nicht einfach verordnen. Man habe angeboten, sich nochmals zusammzusetzen, es sei eine Frage der Praxis. In der Beschlussvorlage gehe es um die Erhöhung und die Schließtage, die im Tarifvertrag vorgesehen seien. Die Ausgestaltung könne man in Zusammenarbeit mit den Eltern regeln.

Stadträtin Risel/CDU bringt zum Ausdruck, dass die Aufrechterhaltung der Kinderbetreuung durch den zunehmenden Fachkräftemangel nicht mehr gewährleistet sei. Um gute Führungskräfte zu bekommen und zu halten, müsse man ein zufriedenstellendes Arbeitsumfeld schaffen, d.h. das Tarifergebnis umzusetzen. Um den Betreuungsschlüssel und die -qualität zu halten sei es nachvollziehbar, dass die Verwaltung daher Schließtage vorschlage. Die andere Seite, die Seite der Eltern, dürfe man nicht außer Acht lassen. Familien seien bereits in der Corona-Zeit schwer belastet gewesen. Man werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man vor schwierigen Zeiten stehe. Der Fachkräftemangel sei hoch. Wenn man die Schließtage nicht erhöhe, sei die Mehrbelastung hoch. Er dankt den Mitarbeitenden in den Kitas und Amt 40 für die geleistete Arbeit. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen könne man nicht ändern, man stimme daher der Änderung zu. Man bitte die Verwaltung, weiterhin intensiv an der Gewinnung von Personal und mit Eltern an kreativen Lösungen und möglicherweise erforderlichen Notkonzepten zu arbeiten.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass die Erhöhung der Kita-Gebühren für die Fraktion schwer sei, man erteile dennoch die Zustimmung. Bund und Land seien jedoch gefordert, die Kommunen dürften nicht alleine gelassen werden. Man stimme mit der Faust in der Tasche zu. Die Erhöhung der Schließtage sei ebenfalls problematisch, vor allem für Alleinerziehende sei dies eine große Zumutung. Es solle für den Notfall und nicht generell gelten. Bei den Schließtagen ständen ca. 90 Prozent fest, das mache den Beruf nicht attraktiver. Man stelle daher den Antrag, über die Erhöhung der Gebühren und die Erhöhung der Schließtage getrennt abzustimmen.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE führt aus, dass nach der Corona-Krise nun eine soziale Krise drohe. Viele seien bereits am Limit angekommen. Es sei der falsche Zeitpunkt, um eine Erhöhung zu beschließen. Man sehe an den Debatten, dass man es sich nicht leichtmache. Es gebe eine große ungelöste Frage, da man die Gebühren für alle pauschal erhöhe. Die Fraktion störe sich seit Jahren an den pauschalen Gebühren. Mit der Gebührenerhöhung treffe man die untere Mittelschicht. Es sei sozial ungerecht, daher stimme man nicht zu. Es müsse sich etwas tun. Man habe gewählte Abgeordnete. Es sei ein Armutszeugnis, dass es die Landesregierung nicht hinbekomme. Man schließe sich dem Antrag der SPD-Fraktion an und beantrage die getrennte Abstimmung.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass bei allen Aussprachen zum Ausdruck gekommen sei, dass man die Erhöhung für problematisch ansehe, problematisch für die Haushaltssituation, aber auch für die wirtschaftliche Situation der Eltern, v.a. von Alleinerziehenden. Dennoch komme man nicht herum, Zustimmung zu erteilen. Wenn ein Antrag kommen, müsse man auch einen Gegenfinanzierungsvorschlag erhalten. Hier habe er noch keine Lösung gehört. Die Klausurtagung biete eine gute Möglichkeit, darüber zu debattieren. Man müsse an dem Thema weiterarbeiten, damit man künftig sinnvolle Alternativen anbieten könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW signalisiert ebenfalls Zustimmung. Schwäbisch Gmünd könne die gestiegenen Kosten nicht alleine stemmen. Wenn man die Erhöhung nicht wolle, benötige man einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag.

Oberbürgermeister Arnold lässt getrennt über die beiden Beschlussvorschläge abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (4 Gegenstimmen zu Ziffer 1, 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen zu Ziffer 2) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd vom 07.07.2021 wird in der in Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Elternbeiträge werden laut neugefasstem Gebührenverzeichnis (Anlage 2) fortgeschrieben.

2. Die laut Benutzungsordnung vom 01.09.2021 unter „8.1. Ferien und Schließ-tage“ festgelegte maximale Anzahl von 28 Schließ-tagen wird auf maximal 30 Schließ-tage erhöht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 162 D III "Am Universitäts-park", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 141/2022**

Protokoll:

Siehe TOP 8.1

**zu 8.1 Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 162 D III "Am Universitäts-park", Gemarkung Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 141/2022/1**

Protokoll:

Herr Hackner erläutert den Sachverhalt. Die Vorlage wurde entsprechend ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt den beiliegenden städtebaulichen Vertrag (Ent-wurf Stand 06.07.2022, Ergänzung vom 25.07.2022) zum Bebauungsplan Nr. 162 D III „Am Universitätspark“, abzuschließen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Städtebaulicher Rahmenplan "Wetzgau-Mitte"
Vorlage: 137/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Städtebauliche Rahmenplan „Wetzgau-Mitte“ mit Stand 15.07.2022 soll die Grundlage für die Aufstellung eines Bebauungsplans werden (Anlage 2). Die Verwaltung wird beauftragt die dafür notwendigen Schritte einzuleiten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Sanierungsgebiet "Hardt", Neugestaltung Freianlagen Platz "Park am Sonnenhügel",
hier: Baubeschluss
Vorlage: 124/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass man das Thema am 14.09.2022 mit dem Klimarat und dem Amt 11 auf dem Hardt beraten werde, Herr Schuster und Bürgermeister Mihm werden an der Veranstaltung teilnehmen.

Bürgermeister Mihm erläutert, dass man den gewünschten Fachvortrag im Frühjahr zusammen mit der VHS machen werde, man werde dort das Ausschreibungsergebnis vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Neugestaltung der Freianlagen auf dem Platz „Park am Sonnenhügel“ gemäß der im Sachverhalt erläuterten Planung wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Arbeiten nach Fertigstellung der Ausführungsplanung öffentlich auszuschreiben.
3. Der Zuwendungsantrag für das Projekt Platz „Park am Sonnenhügel“ soll gemäß den im Sachverhalt dargestellten Projektinhalten für das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ eingereicht werden.
4. Der zur Projektumsetzung benötigte kommunale Eigenanteil in Höhe von circa 1.709.000 € wird über die gesamte Projektlaufzeit von 2022 bis 2025 in den Doppelhaushalten 2022/2023 und 2024/2025 bereitgestellt. Der Eigenanteil setzt sich zusammen aus Gesamtkosten in Höhe von circa 4.697.700 € und Fördermittel in Höhe von circa 2.988.700 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 11 Neubau Parkplatz hinter der LEL
Vorlage: 149/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. An der Oberbettringer Straße ist die Anlage eines Parkplatzes hinter der LEL und eine Zufahrtstraße zum Kindergarten Sterntaler geplant.

Der Vergabe der erforderlichen Straßenbauarbeiten auf Nachmaß an die Fa. Georg Eichele, Untergröningen, gemäß deren Angebot vom 21.06.2022 von insgesamt 379.952,01 € wird zugestimmt.

Die Kosten teilen sich wie folgt auf:

Teil 1: 54.420,33 € Anteil Stadt (Zufahrtsstraße)

Teil 2: 325.531,68 € Anteil Amt für Vermögen und Bau (Parkplatz)

Das Amt für Vermögen und Bau trägt die Kosten für den Bau des Parkplatzes und erstattet der Stadt eine Planungskostenpauschale in Höhe von 10 % der Bruttobausumme.

2. Für den Bau des Parkplatzes wird für das Haushaltsjahr 2022 bei folgender Buchungsstelle im Ergebnishaushalt eine außerplanmäßige Ausgabe von bis zu 403.000 € genehmigt. Die Deckung erfolgt durch eine außerplanmäßige Erstattung durch das Land in gleicher Höhe.

Buchungsstelle:
Sachkonto 4291100 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Dritte
Kostenträger 54100601 Leistungen für Dritte
Kostenstelle 662000 Straßen- und Verkehrswesen

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 12 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 148/2022

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 13 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Herr Ott gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse (siehe Anlage) bekannt.

zu 14 Bekanntgaben**zu 14.1 Haushaltsgenehmigung der Stadt Schwäbisch Gmünd 2022/2023****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Haushaltsgenehmigung nun vorliegt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

**zu 14.2 Situation ukrainischer Flüchtlingskinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen
Vorlage: 150/2022****Protokoll:**

Bekanntgegeben.

zu 14.3 Sanierung Furtlepass**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold erläutert die Sanierungsmaßnahme am Furtlepass zwischen Weiler und Degenfeld. Er spricht ein Dankeschön an die Ortschaftsräte, die Bevölkerung und die Ortsvorsteher aus, aber auch an die Regierungspräsidentin, den Regierungsvizepräsidenten sowie den Fachbeamten. Es sei eine große Maßnahme.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass die Umleitung bis Herbst dauere. Für den Schülerverkehr, die medizinische Versorgung sowie die Sicherheitsinfrastruktur habe man eine Umleitungsstrecke ausweisen können, dies sei nur durch Ertüchtigung der Feldwege möglich gewesen. Es benötige außerdem eine Ampelschaltung. Das Modell sei mit dem Ortsvorsteher abgestimmt, die Degenfelder würden nun mit einem Schreiben darüber informiert werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 15 Anfragen

zu 15.1 Bahnhof

Protokoll:

Stadträtin Dr. Stahl/CDU weist darauf hin, dass am Bahnhof viel Unkraut wachse und dies kein schöner Anblick sei.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man sich darum kümmern würde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

zu 15.2 Sportlerball

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, ob es einen Grund gebe, warum am Sportlerball kein Ortsvorsteher anwesend gewesen sei.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es sich um ein bedauerliches Versehen bei der Einladung handle. Er bittet um Nachsicht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 40

zu 15.3 Hitzeaktionsplan

Protokoll:

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es einen Hitzeaktionsplan bei der Stadt gebe. Falls ja, bittet sie um eine Vorstellung nach der Sommerpause. Falls nein, möchte sie wissen, ob geplant sei, so etwas zu erstellen.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man viel gegen Hitze in der Stadt unternehme. Man habe keinen formellen Hitzeplan. Ein interessanter Aspekt seien Buswarteanlagen. Der Gast müsse vor Hitze und nicht vor Regen geschützt werden. Daher habe man in der Ledergasse die Schirme aufgestellt, dies sei ein erster Schritt. Er könne sich vorstellen, dass nichtinvestive Konzepte im Vordergrund stehen. Das Thema Verschattung sei Thema der Stadt, die übrigen Maßnahmen Thema des Landkreises. Man solle das Thema vertiefen, es bedürfe aber einer Beratung.

Frau Zaneck antwortet, dass es einen interfraktionellen Antrag zur Klimaanpassung gebe. Dort sei auch das Thema Hitze ein großes Thema. In Karlsruhe erarbeite man beispielsweise eine Handlungsempfehlung. Man habe den Antrag gestellt und hoffe auf einen Zuschlag.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 15.4 E-Roller

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach den E-Rollern. Diese müssten innerhalb von 24 Stunden abgeholt sein, dies sei nicht der Fall. Auch die Abstellorte müssten geprüft werden. Beim Münsterplatz werde das Auto beim Einladen der Roller nicht abgestellt, die Gäste im Café würden mit Abgasen eingenebelt werden. Hier sollte man nochmals auf die Betreiber zugehen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man derzeit in der Probephase sei. Die Rückmeldungen seien unterschiedlich. Die Idee sei, dass die E-Roller nicht an einem Ort seien, sondern verteilt, damit immer einer in erreichbarer Nähe sei. Aber natürlich so, dass sie nicht behindern. Man habe schriftlich vereinbart, dass diese in kurzer Zeit abgeholt werden würden. Es seien aber Einzelfälle. Er bittet Stadträtin Heusel darum, die Meldungen zu sammeln, eventuell liege es auch an einem Anbieter. Dies sei alles Teil der Probephase. Es gebe auch Beschwerden, dass es zu wenig Roller gebe, in Schwäbisch Gmünd würden diese gut genutzt werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 30
nachrichtlich an Amt:

zu 15.5 **Kita Kunterbunt**

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Kita Kunterbunt und ob diese vom Baustopp der VGW ebenfalls betroffen sei.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man die Kita Kunterbunt derzeit plane. Die Pläne für das Provisorium seien fortgeschritten, es müsse alles aus einem Guss sein.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 40, 65

zu 15.6 **Energieeinsparung**

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Land Baden-Württemberg ein Fünfpunkteprogramm veröffentlicht habe. Es gehe vor allem um die Energieeinsparung. Er erkundigt sich, ob die Stadt auch ein 5-Punkte-Programm habe, ob es konkrete Vorschläge gebe, wie viel Energie man einspare?

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man mehr als 5 Punkte habe. Unter der Leitung von Herrn Caesar gebe es eine Gruppe, die die Vorschläge erarbeite. Über den Sommer werde man versuchen, es zu kommunizieren. Man werde es am 21.09.2022 im Bau- und Umweltausschuss vorstellen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 15.7 TSB**Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass es beim TSB momentan nicht so einfach sei. Auf der einen Seite habe man eine große Freude über das Grundstück in der Buchstraße, auf der anderen Seite benötige man viel von diesem Geld für Investitionen. Dies seien Vereinsinterna, außer es gebe neue Informationen. Außerdem erkundigt er sich nach dem geplanten Neubau des Fußballplatzes Laichle. Die Fußballabteilung warte sehnlichst darauf.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man beim TSB im Gespräch sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40, 60
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: